

Unabhängige Bauernzeitung

Organ des Österr. Unabhängigen Bauernverbandes

67. Jahrgang / Heft 154 • www.ubv.at • Jänner 2026



Wenn du neue Wege in der Agrarpolitik willst, dann gib dem UBV am 25. Jänner 2026 bei der Wahl zur Landwirtschaftskammer Steiermark deine Stimme!

Es darf nie die Partei über einer Sache oder dem Menschen stehen!



Barbara Kapaun-Lerchbaum

Rudi Gutjahr

Bei der Landwirtschaftskammerwahl 2021 lag die Wahlbeteiligung bei rund 30 Prozent. Wenn nur knapp ein Drittel der Wahlberechtigten abstimmt, werden politische Entscheidungen faktisch von einer Minderheit getragen.

Wer nicht wählt, überlässt anderen die Entscheidung!

Aus Protest nicht zur Wahl zu gehen, bleibt politisch wirkungslos, weil dieses Signal nicht eindeutig wahrgenommen wird. Veränderung entsteht durch Beteiligung, nicht durch Rückzug.

Deine Stimme zählt – gerade dann, wenn viele schweigen!

Es braucht eine neue Agrarpolitik ohne Schikanen, Auflagen und Prügel durch

Rudi Gutjahr ist der neue UBV Steiermark Obmann. Der Mürztaler folgt dem Ennstaler Hans Ilsinger nach. Er ist Spitzenkandidat des „UBV Steiermark – Team Rudi Gutjahr“ bei der LK-Wahl 2026. Lese hier Rudis Beweggründe für sein Engagement für die Bauern.

Was bewegt dich, sich für Bauern zu engagieren?

„Ich bin seit jungen Jahren engagiert. Das begann bei der Landjugend, wo ich u.a. Landesobmann der Steirischen Landjugend und Bundesobmann-Stellvertreter war. Es hat mir immer Spaß gemacht, sich auch öffentlich zu engagieren. Später im Beruf war ich als Betriebsratsobmann und Betriebsratsvorsitzender nicht nur dabei, sondern auch in der Verantwortung für Kollegen und das Unternehmen.

Den UBV beobachtete ich schon viele Jahre. Mir hat die offene Art, das konkrete Ziel der Lösung von Problemen – nicht das Zerreden, gefallen. Im letzten Jahr hat man mich gefragt, ob ich nicht beim UBV in der Bauernvertretung mitwirken möchte. Nach kurzem Überlegen habe ich gerne Ja gesagt.

Mir taugt das, was sich beim UBV tut. Damit bin ich wieder bei meinen Wurzeln gelandet. Ich führe meinen Betrieb – wie fast 2/3 der steirischen Bauern zwar im Nebenerwerb, aber es ist meine große Liebe und Leidenschaft. Nun will ich mich mit Herz für die Bauern einsetzen.“

Wo siehst du aktuell die wichtigsten Themen?

„Das Umfeld ist für die Bauern aktuell nicht gerade prickelnd. Daher braucht es umso mehr eine Kraft, die ein neues Denken und neue Ideen für die Lösung der Probleme bei den Bauern auf den Tisch legt. Wie den UBV.“

Das bedeutet zum Ersten:

Man muss die Spielregeln sofort ändern, damit es für Bauern wie-

der passt. Die Bauerneinkommen sind mit Abstand weit hinter allen anderen Berufsgruppen. Wenn bei den Metallern, wo ich im Verhandlungsteam bei den Gehaltsverhandlungen war, dort auch nur einmal die Einkommen gekürzt worden wären, wie dies bei den Bauern regelmäßig stattfindet, dann wäre Österreich stillgestanden.

Das bedeutet zum Zweiten:

Es gibt für mich keine schwächere oder feigere Vertretung, wie dies aktuell bei den Bauern der Fall ist. Neben den schwachen Einkommen werden die Bauern mit Auflagen zugeschüttet, sowie in nie zuvor gekannter Art und Weise schikaniert. Und jetzt werden Handelsverträge mit der UKRAINE und mit MERCOSUR-Ländern verabschiedet, die unsere Landwirtschaft ruinieren. Warum kommt es so weit? Weil die Bauernvertretung zu schwach ist.“

Wie willst du mit diesen Hürden gegen die Bauern umgehen?

„Aus unserer Sicht des UBV aber auch in meiner persönlichen Einschätzung gibt es zu diesen Plänen ein klares NEIN. Wie auch für die EU-Entwaldungsverordnung oder das EU-Renaturierungsgesetz. Diese Gesetze sind eine Enteignung der Bauern. Was besonders sauer aufstößt ist der Eiertanz unserer Bauernvertretung.“



Rudi Gutjahr (links) folgt UBV Steiermark Gründer, Hans Ilsinger als Obmann und Spitzenkandidat bei der LK-Wahl. Hans Ilsinger war 15 Jahre an der Spitze des UBV. Als Bauernvertretung ohne Partei hat man sich als klare Nummer 2 etabliert. Mit Rudi Gutjahr folgt dem Ennstaler Berg- und Almbauer Hans Ilsinger ein Mürztaler nach. Beide verbindet das offene Denken und Wirken ohne Scheuklappen oder aufgezwungene Denkverbote oder Grenzen

faule Kompromisse für Bauern. die Politik müssen sofort enden.



Man ist in Brüssel dafür. Hier tut man so, als sei man dagegen. Man erzählt Geschichten und verkauft eine Verschiebung als Erfolg? Wo ist der Erfolg, wenn das Fallbeil einige Wochen später die Existenz der Bauern ruiniert? Das ist eigentlich die Bauern für dumm verkaufen."

Wie reagiert man auf die „Fouls“ gegen die Bauern?

„Man muss als Bauernvertretung oder generell als Vertreter einer Berufsgruppe NEIN sagen können und wollen. Wir wollen nur das Beste für die Bauern. Wenn es dann Pläne mit Handelsverträgen gibt, welche unsere Existenz

ruinieren, dann gibt es nur ein Wort – NEIN. Konsens und Kompromisse kann und wird es geben. Dann muss es aber immer am konkreten Beispiel auch für die Bauern passen.

Seit dem EU-Beitritt steigen jedes Jahr Auflagen, Hürden, Schikanen in nicht akzeptabler Art und Weise. Gleichzeitig sinken die Einkommen. Bei dieser Gleichung kann man als Bauernvertretung – wie das unsere derzeit tut, nicht danebenstehen und sagen, man könne nichts machen.“

Was sind die wichtigsten Ziele?

„Wir haben auf unseren Betrieben investiert, weil wir Bauern sein und

bleiben wollen. Auch ich habe bei mir zu Hause investiert. Daher will ich mit dem UBV-Team wie bisher, konkrete Lösungen für deutlich bessere Einkommen mit einbringen.

Dazu gehören Spielregeln, wo wir als Bauern wieder Geld verdienen können. Derzeit werden viele unserer Leistungen nicht bezahlt. Dafür kassieren viele „Andere“ sogenannte Bauerngelder. Für die Bauern gibt es nur Almosen. Die Ausreden der Agrarpolitiker, warum was nicht geht, kann man nicht mehr hören.

Für jedes Problem gibt es eine Erklärung, aber keine Lösung. Das kostet jährlich tausenden Betrieben die Existenz. Wir brauchen Lösungen – keine Ausreden.“

Die wichtigsten UBV-Forderungen auf einen Blick:

1. 30.000 Euro je Betrieb als Sockelbetrag ab 20 ha, darunter 1.500 Euro/ha (von 1-19 ha). Dazu Zuschläge für Biobauern (1.500 Euro/ha) und Bergbauern (1.000 bis 1.500 Euro/ha). Deckelung bei 100 ha.
2. NEIN zu Handelsverträgen MERCOSUR und UKRAINE – das ruiniert unsere Höfe
3. NEIN zur EU-Entwaldungsverordnung – das ist eine glatte Enteignung
4. NEIN zum EU-Renaturierungsgesetz – das ist eine glatte Enteignung
5. Maximal 100 Prozent Preisaufschlag im LEH auf den Einkaufspreis von Lebensmitteln.
6. Volle Abgeltung der Inflation bei allen öffentlichen Mitteln – rückwirkend ab 2000
7. Keine doppelte Krankenversicherung im Nebenerwerb
8. Arbeitslosengeld auch für Nebenerwerb ohne Einschränkung – keine Einheitswertgrenze
9. Keine Kürzung der Bauerpensionen durch das fiktive Ausgedinge – sofortige Streichung
10. Import-Verkaufsverbot für Lebensmittel, die nicht mit gleichen Auflagen erzeugt werden
11. Unverwechselbare Herkunfts kennzeichnung
12. Wassernutzungsrecht für die Erzeugung von Lebensmitteln

UBV-Bundesklausur in Mautern beflüg

Bei der UBV-Bundesklausur am 29. November war das Thema „Die Konsumen ten und deren Einkaufsverhalten“ der inhaltliche Schwerpunkt. Als Einstimmung präsentierte dazu der UBV drei Beispiele für einen Warenkorb mit heimischen Lebensmitteln auf der Basis des AMA-Gütesiegels. Als Einkaufsorientierung wurde die Menge für 1 Person eingekauft:

- Milch und Milchprodukte
- Fleisch und Fleischprodukte
- Gemüse
- Obst
- Brot, Gebäck

Der Einkauf erfolgte bei den drei größten des LEH in Österreich, also bei SPAR – BILLA - HOFER

Beim Preisvergleich des Testeinkaufes war die Preisspreizung eher eng. So gesehen könnte man meinen, der LEH liegt beim Preis eng zusammen.

Bei der Hochrechnung auf Kilo Einheiten klappte dann plötzlich eine deutliche Differenz auf. Dabei war der Diskonter HOFER deutlich billiger als SPAR und dieser noch einmal deutlich billiger als BILLA. Auffallend war u.a. das große Auseinanderklaffen bei den Fleischprodukten.

Aktuelle Trends im Kaufverhalten – was sind die Top Produkte?

Einen interessanten Einblick in das Konsumverhalten und aktuelle Trends (Was sind die Top Produkte?) gab Mag. Micaela SCHANTL, Leiterin der Sektion „Marktanalyse und strategische Planung“ der AMA Marketing GmbH. Sie zeigte in ihrem Vortrag mit zahlreichen Beispielen interessante Trends zum Einkaufsverhalten bei Lebensmitteln auf und damit auch, wohin sich das Konsumverhalten entwickelt.

Die wichtigsten Aussagen

- Verbraucher-Ausgaben: Österreich liegt, gemessen im europäischen Vergleich, mit rund 10,2 % am Ende der Liste der gesamten Verbraucher-Ausgaben, die von Rumänien mit rund 23 % angeführt wird.
- Käuferhaushalte und Einkaufsmengen: Die Anzahl der Haushalte steigt, die Volumen im Einkaufskorb sinken.
- Stabiles Einkaufsverhalten: Gemessen an wichtigsten Produktgruppen (dieselben wie beim UBV-Testeinkauf) zeigen, dass das Einkaufsverhalten stabil ist.
- Monatliche Haushaltsausgaben – frische Lebensmittel und Fertiggerichte: rund 230 Euro.
- Anteile an pflanzlichen und tierischen Produkten: diese halten sich mengenmäßig die Waage, wertmäßig sind die tierischen Produkte deutlich vorne (60:40).
- Proteinhaltige Produkte sind im Trend: aktuell gibt es für proteinhaltige Produkte hohen Zuspruch, meist aus der tierischen Produktion/Erzeugung.
- Beim Fleischkonsum sind Hendl und Faschiertes vorne. Beide legen auf Kosten von Schweine- und Rindfleisch zu.
- Bio legt zu – aber sehr langsam: 2003 lag der Anteil an Bioprodukten wertmäßig bei knapp 4 %, 2025 – gute 20 Jahre sind es rund 12 %.
- Der Bioanteil variiert je nach Warengruppe: Frischmilch, Mehl, Obst und Gemüse, Eier, Gebäck und Kartoffeln liegen eher vorne, Fleisch hinkt generell eher hinten nach.
- Verändertes Einkaufsverhalten – weniger Einkäufe: das hat zur Folge, dass z.B. der Anteil der Frischmilch sinkt und die Haltbarmilch deutlich zulegt.
- Produktpreise bei Milchprodukten im Zick-Zack Kurs: Die Preise von z.B. Milch oder Butter machen eine oft abenteuerliche Reise, die seit dem Wegfall der Milchquoten von Schwankungen stark vom Angebot und der Nachfrage beeinflusst werden. Die Inflation seit dem Ukraine-Krieg wirkt zusätzlich preistreibend.
- Butter ist und bleibt ein wichtiger Faktor: trotz der Diskussionen und Turbulenzen – den Butterpreis betreffend, ist die tierische Butter mengenmäßig mit rund 70 % weit vor den pflanzlichen Produkten und wertmäßig sogar im Verhältnis 80:20.
- Die Diskonter sind am Vormarsch: Was man eigentlich täglich beim Einkauf subjektiv spürt, ist, dass die Diskonter weiter zulegen.
- Top 3 im LEH haben 90 % Marktanteil: SPAR – BILLA – HOFER haben mit ihren Submärkten eine dominierende Marktstellung und decken 90 % des Marktes ab. SPAR ist im Ranking vor BILLA und HOFER.



Am Bild von links: Ehrenobmann Johann Ihsinger, Landesobmann STMK Rudi Gutjahr, Barbara Kapaun-Lerchbaum, Mag. Micaela Schantl, Leiterin der Marktanalyse AMA Marketing GmbH., Bundesobmann ÖR Karl Keplinger und Unternehmer Josef Kaltenegger

elt Einsatz für steirische Kammerwahl

- Frische und Qualität zählen beim Einkauf: Neben diesen Kriterien sind Aktionen wichtig. Überwiegend ist auch die österreichische Herkunft von Bedeutung.
- Krisen ändern das Einkaufsverhalten: man kann beobachten, dass die Kunden dann preisbewusster einkaufen.
- Aktionen lösen Glücksgefühle aus: rund 2/3 der Konsumenten nutzen Aktionen beim Einkauf und haben dabei ein Glücksgefühl, wenn sie günstig einkaufen können. Rund 50 % meinen, Lebensmittel seien zu teuer.
- Qualität ist wichtig, aber nicht bei allen Produkten: Bei Obst, Gemüse, Kartoffel, Fleisch und Eier ist die Qualität eher wichtig bis sehr wichtig.
- Landschaft, Kultur und Kulinarik werden geschätzt: das sozialromantische Gefühl ist grundsätzlich bei diesen Themen und damit auch für die heimische Landwirtschaft durchwegs positiv. Die Bauern merken einkommenstechnisch wenig bis gar nichts davon.
- Regionale Lebensmittel sollten Zukunft haben: grundsätzlich sieht man diese Themen zukunftsträchtig, vegan oder vegetarisch sind sehr untergeordnet von Interesse.
- Selbsteinschätzung und Regionalität sind ambivalent: zwischen den Ergebnissen beim Nachfragen um die Einschätzung des eigenen Kaufverhaltens kann man erkennen, dass die Konsumenten die Wahrnehmung zum eigenen Kaufverhalten anders sehen, auch hinsichtlich regionaler Aspekte als bei anderen. Ob die Antworten beim Befragen dann dem tatsächlichen Einkaufsverhalten entsprechen, kann/muss hinterfragt werden.
- Vertrauen in regionale Lebensmittel und Wertschätzung ist ausbaufähig: es steigt zwar das Vertrauen in gekennzeichnete regionale Lebensmittel, generell ist die Wertschätzung aber deutlich zu niedrig.
- Der Wert von Gütesiegeln: dieser steigt deutlich mit einer starken, begleitenden Bewerbung – eigentlich logisch.
- Vertrauen ist das beste Verkaufsargument: es gilt wie immer, den höchsten Wert im Verkauf hat das Vertrauen.

Wo es Vertrauen gibt, greift der Kunde hin. Das hat dann einen Wert.

Der interessante Vortrag beeindruckte. Gleichzeitig stellten sich die anwesenden Bauern die Frage, wo denn der konkrete Nutzen für die geleisteten Marketingbeiträge liegt, wenn die Produktpreise nicht steigen, sondern eher sinken oder wie heuer zum Teil die Ernte wie am Beispiel Kartoffel am Feld bleibt oder in der Biogas-Anlage landet.

Ein anderes Beispiel ist das Thema Kuh/Tierhaltung Plus. Da hat man die Rinderbauern in eine Zwangsjacke mit deutlich mehr Aufwand gesteckt. Die sogenannte Kuh-Plus Milch wird dann nachweislich in Deutschland (dieser Markt war als Hauptargument für diese Maßnahme genannt worden) um 99 Cent „verrampscht“. Das macht die Bauern wütend, weil sie keinen Nutzen sehen, dafür die Kosten und Auflagen aber steigen und am Ende die schlechten Betriebsergebnisse zusätzlich belasten.

Micaela Schantl präsentierte eine spannende, aufschlussreiche Reise im bzw. mit dem Einkaufskorb der Konsumenten. Losgelöst von den Sorgen der Bauern war das sehr interessant und aufschlussreich.

UBV Salzburg

Phantasievolle Vorschläge zur Einsparung von der Kammerführung

In der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer Salzburg stellte der Unabhängige Bauernverband aufgrund der budgetären Situation der Kammer den Antrag, den zweiten Vizepräsidenten ab der nächsten Funktionsperiode einzusparen.

Präsident Quehenberger und der neue Kammeramtsdirektor Wieser lehnen das ab und haben dafür in der Kam-

merzeitung „Salzburger Bauer“ vorgeschlagen, den Verdienst des Präsidenten von derzeit € 7.236,- auf € 3.000,- zu kürzen und die Entschädigung der zwei Vizepräsidenten von derzeit je € 2.788,- auf € 1.000,- zu kürzen. Wir vom Unabhängigen Bauernverband können uns auch diese Variante vorstellen, finden sie aber sehr ambitioniert.

Weiters wurde in dem Antrag die Einsparung der Bezirksbauernkammer-Obmänner ab der nächsten Kammerwahl vorgeschlagen. Der Präsident und der neue Kammeramtsdirektor lehnen das aber ab und schlagen in der Bauernzeitung vor, zwei Bezirksbauernkammern zu schließen.

Diese Vorgangsweise lehnt der Unabhängige Bauernverband vehement ab.

Herbstdialog in Herrsching

Beim alljährlichen Treffen der Agrarbranche in Herrsching vom 17. bis 19. November 2025 diskutierten rund 380 Teilnehmer aus Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung über Märkte, Chancen und Krisen. In den hochkarätig besetzten Foren zu Milch, Fleisch, Energie, Getreide, Kartoffeln und Öko wurden nach den Eingangsstatements neue Ideen und Strategien für herausfordernde Zeiten erörtert.

Günther Felßner, BBV-Präsident, wünschte den Teilnehmern in seiner Begrüßung Mut zu haben, Verantwortung zu übernehmen und neue Wege zu gehen, denn in Zukunft werden die Fördermittel reduziert und die Betriebe müssen effizientere Arbeitsweisen entwickeln. „Unsere Branche reagiert mit Innovation, Effizienz und neuen Konzepten auf Herausforderungen“, betonte Felßner. Er rief dazu auf, insbesondere die Wertschöpfungskette zu stärken. Es gehe wieder aufwärts, der Konsum stabilisiert sich und politische Debatten werden wieder nüchtern und weniger emotional geführt.

Felßner ist optimistisch, er sieht Bayern als Gunstregion für die Milch- und Fleischproduktion. Bayern bietet beste Voraussetzungen für Wertschöpfung, weil die Tiere in der Region stehen und kurze Wege möglich sind. Es gelte, den hohen Selbstversorgungsgrad in vielen Bereichen und die starken Veredelungsstrukturen zu erhalten und auszubauen. Auch künftig bleibt Regionalität ein zentraler Erfolgsfaktor – Argumente, die auch für Österreich gelten.

Weitere Infos:

<https://www.ubv.at/aktuell/herbstdialog-in-herrsching/>

<https://www.wochenblatt-dlv.de/maerkte/rohstoff-neueste-waehrung-bayerns-agrarbranche-diskuert-zukunft-582981>

Seitens des UBV waren Organisationsreferent ÖR Johann Großpötzl und Bundes- sowie Landesobmann von Oberösterreich ÖR Karl Keplinger dabei.



ÖR Karl Keplinger; Präsident des Bayr. Bauernverbandes Günther Felßner; Landesbäuerin der Landfrauengruppe des Bayerischen Bauernverbands und Abgeordnete zum Europäischen Parlament Christine Singer und ÖR Johann Großpötzl.

Kammer am Prüfstand

Eine unglaubliche Überheblichkeit und Abgehobenheit trat in der Wirtschaftskammer zu Tage. Unvorstellbare Gehälter und Nebenjobs wurden dort verteilt. Natürlich zeigen wir gerne auf Andere, aber auch in unserer eigenen Kammer liegt vieles im Argen. Auch hier erreicht die Spitze die einfachen Mitglieder nicht mehr. Probleme werden weggedeutet, andere als Schuldige ausgemacht und die eigene Arbeit vernachlässigt. Das Kammerbudget wird nur mehr durch den Verkauf von Liegenschaften und Rücklagenauflösungen ausgeglichen. Trotzdem leisten wir uns 15 Kammerobmänner, bei

nur mehr 7 Kammern. Doch statt bei sich selbst zu sparen, überlegt man, die Kammerumlage für uns Bauern wieder zu erhöhen. Wo bleibt hier die Selbstreflexion? Uns Bäuerinnen und Bauern bleibt nur, uns selbst um unsere Anliegen zu kümmern. Wann wacht unsere Kammerführung endlich auf und unterstützt uns im Kampf gegen Mercosur, kämpft für eine allumfassende Herkunftskennzeichnung, beginnt mit dem Bürokratieabbau und lässt uns Bauern wieder Bauern sein?

Die Hoffnung stirbt zuletzt.

*LK-Rat Dipl.-Päd.
Klaus Wimmesberger*



SVS Info Abend

Anfang November lud der Unabhängige Bauernverband zu einem SVS-Informationsabend mit Johannes Gföllner, Direktor der SVS Oberösterreich. Rund 90 Interessierte folgten der Einladung und waren begeistert von dem informativen und aufschlussreichen Vortrag über die Sozialversicherung der Selbstständigen.

Neben der Beitragshöhe und den unterschiedlichen Leistungen im Vergleich zu anderen Versicherungen wurde auch die Pflege von Angehörigen thematisiert. Zusätzlich zum Pflegegeld besteht die Möglichkeit einer freiwilligen Weiterversicherung oder einer Selbstversicherung für die Pflege eines Angehörigen ab Pflegestufe 3. Ab Pflegestufe 4 kann zudem der Angehörigenbonus beantragt werden.



UBV-Kammerräte mit SVS OÖ Direktor Johannes Gföllner (4. von links)

Zur Unterstützung der eigenen Gesundheit und zur Stärkung persönlicher Ressourcen bietet die SVS Gesundheitswochen, Camps sowie Feriencamps für Kinder und Jugendliche an. Auch der Sicherheitshunderter und der Gesundheitshunderter wurden näher erläutert: Jeweils 100 Euro pro Kalenderjahr können für persönliche Schutzausrüstung bzw. für die

Teilnahme an gesundheitsfördernden Programmen genutzt werden.

Die SVS stellt ein dichtes Netz an Beratungsmöglichkeiten vor Ort bereit – und diese sollten unbedingt in Anspruch genommen werden. Detaillierte Informationen aus den einzelnen Bereichen finden Sie auf der Website www.svs.at/info

Kärnten

Wenn man Millionen an Euros versenkt und dann einen sucht, der es begleicht

Die vier Jahre Kammerarbeit bis jetzt waren geprägt von interessanten Einblicken in das Unternehmen Landwirtschaftskammer, Einblicke in die Denkweise und vor allem die Wirtschaftsweise.

Danke an jene 1333 Wähler im Jahr 2021, die dies ermöglicht haben. Natürlich erfährt die Bauernschaft dadurch jetzt Fakten, welche sonst im Verborgenen geblieben wären.

Aktueller Sachverhalt: 1,5 Millionen werden im Kammerbudget einfach versenkt und demnächst braucht es schon wieder neues Geld, um die Abgänge zu decken. Welcher Nutzen daraus für die Bauern entsteht, bleibt meistens unbegründet.

Durch die Erhöhung der Einheitswerte und die im Vorjahr beschlossene Erhö-

hung der Kammerumlage wurden in etwa 1,5 Millionen zusätzlich ins Kammerbudget eingespielt. Dazu kommen noch zusätzliche Einnahmen aus diversen Baurechtsverträgen.

Daraus wurde zwar der enorme Abgang von beinahe 700.000 Euro für das Jahr 2025 abgedeckt, aber das Geld wird weiterhin mit beiden Händen den Ausgaben zugeführt. 2025 lässt sich zwar noch ein Überschuss von etwa 380.000 Euro erwarten (wohlgemerkt von den zusätzlichen 1,5 Millionen bleibt nicht mehr viel übrig), aber der Vorschlag von 2026 bringt zwar noch ein Plus von bescheidenen 96.000 Euro. Aber für 2027 deutet alles darauf hin, dass die Bauern wieder weitere Abgänge begleichen werden müssen.

Interessant ist auch, dass der Milchtransportkostenzuschuss in der Höhe von 500.000 Euro still und leise gestrichen wurde, aber die Verwaltung samt den satten Lohnerhöhungen voll ausfinanziert wird.

Ist es in der Führung eines Land- und Forstbetriebes auch üblich, laufend jemanden zu finden der die Abgänge begleicht, oder wird durch geplantes Umstrukturieren nach einem positiven Betriebsergebnis gestrebt?



LK-Rat
Heimo Urbas,
Landessprecher
Kärnten

Unsere Anträge



**UBV Salzburg,
VV der LK Salzburg
am 28. Nov. 2025**

Antrag 1

Vereinfachung der Lebendbeschau für Nutztiere sowie erleichterte Durchführung von Notschlachtun- gen durch Landwirte.

Immer mehr landwirtschaftliche Betriebe nutzen teilmobile Hofschlachtungen oder kleine regionale Schlachthöfe, insbesondere Direktvermarkter, um kurze Transportwege, hohes Tierwohl und Nähe zum Verbraucher zu gewährleisten. Die verpflichtende Anwesenheit eines amtlichen Tierarztes bei der Lebendbeschau führt jedoch aufgrund von Tierärztemangel zu Verzögerungen, Mehrkosten und organisatorischen Problemen. Besonders bei Notschlachtungen verursacht das Warten auf den Tierarzt unnötiges Tierleid.

Antrag 2

Einführung einer quartalsweisen Milchpreis-Untergrenze

Dieser Mindestpreis soll den Molkereien als verbindliche Orientierung dienen.

Antrag 3

Anpassung und Verkürzung des Düngeverbotszeitraums

Das sichere Ausbringen von Dünger ist von der tatsächlichen Befahrbarkeit der Böden abhängig – nicht von fixen Kalenderdaten.

Antrag 4

Landwirtschaftliches Pflichtprak- tikum

Aufteilung auf zwei Sommerferien ohne Ansuchen.

Antrag 5

Einführung eines **einzigsten Mehrfach- antrags pro GAP-Periode** ab 2027. Das würde den Verwaltungsaufwand für Landwirte und die Kammer erheb- lich reduzieren.

Antrag 6

Die **Entwaldungsverordnung
(EUDR)** gilt in ihrer aktuellen Form als überbürokratisiert und praxisfern und führt zu zusätzlichem Aufwand, der in Ländern mit strengen Forstgesetzen weder notwendig noch sinnvoll ist. Es darf zu **keiner Ausweitung der Kammer- und AMA Struktur** durch die Entwaldungsverordnung kommen.

Antrag 7

Prüfung einer Fusion von Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer,

um Doppelzuständigkeiten zu reduzieren und Verwaltungswege zu vereinfachen.

Dringlichkeitsantrag

Sofortiger Handlungsbedarf auf- grund der finanziellen Lage der Landwirtschaftskammer.

Einsparungspotenziale durch Nutzen bestehender Strukturen/Einrichtungen realisieren und Berater nach tatsächlichem Aufwand entschädigen. Die Posten bzw. Ämter der BBK-Obmänner und des 2. Vizepräsidenten ab nächster Funktionsperiode 2030 ersetztlos streichen.



**UBV NÖ
VV der LK Niederöster-
reich am 1. Dez. 2025**

Antrag 1

Die **Arbeitsgruppe „NEC-Richtlinie“** beibehalten bzw. wiedereinführen. In der Arbeitsgruppe müssen alle Fraktionen der LLK NÖ vertreten sein, sowie auch Güllerexperte Bernhard Tafelmeier-Marin.

vom BB und FPÖ abgelehnt

Antrag 2

Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus allen in der LLK NÖ vertretenen Fraktionen, für die Erreichung der **ver-
pflichtenden Herkunfts kennzeich-
nung** bestellen.

vom BB abgelehnt

Antrag 3

Eine Arbeitsgruppe einberufen, die Zukunftsstrategien mit konkreten Zielen für die österr. Landwirtschaft entwickelt, **damit sich der Ackerbau in Österreich künftig wieder lohnt**.

Es sollen Maßnahmen entwickelt werden, die kurz-, mittelfristig (5 Jahre) und langfristig (10 Jahre) dazu beitragen, die Produktpreise zu stabilisieren und ein wirtschaftliches Arbeiten innerhalb der gegebenen Kostenstrukturen in Österreich zu ermöglichen.

vom BB abgelehnt

Antrag 4

Nach dem Vorbild Italiens und Ungarns das **Herstellen und Verkaufen so-
wie Vermarkten synthetischer Le-
bensmittel** zum Schutz der österr. Landwirtschaft und Konsumenten verbieten.

vom BB abgelehnt

Antrag 5

Schnellere Reaktion bei **Seuchenfäl-
len im Ausland**, sofortiger Stopp von Einfuhren aus von hochansteckenden Seuchen betroffenen Ländern.

vom BB abgelehnt

Antrag 6

Auf EU-Ebene soll beschlossen werden, dass Länder mit einem strengen Forstgesetz und ohne Entwaldungsrisiko (wie in Österreich) von der Anwendung der **Entwaldungsverordnung EUDR** ausgenommen werden bzw. eine solche Verordnung nicht erforderlich ist.

vom BB abgelehnt

Antrag 7

Die gesetzliche Grundlage schaffen, um die Produktion und Vermarktung von **Leichtweinen mit 6 bis 7 % Al-
kohol** gezielt zu fördern bei gleichzei-
tiger Förderung des Weinmarketings, insbesondere für Klein- und Mittelbe-
triebe.

vom BB und FPÖ abgelehnt

Antrag 8**EU-Mercosur-Abkommen ablehnen.**

Österreich muss seine Landwirtschaft, Umwelt- und Tierwohlstandards schützen und darf keinem Abkommen zustimmen, das heimische Betriebe gefährdet.

vom BB abgelehnt

Antrag 9**Reform des NÖ Grundverkehrsge- setzes.**

Stärkung des bäuerlichen Vorkaufsrechts, um auch allen Landwirten, speziell jenen mit geringer Flächenausstattung, die Chance auf eine Flächenaufstockung zu geben.

vom BB abgelehnt

Antrag 10**Vielfältiges Saatgutangebot absichern.**

Sich auf europäischer Ebene für eine umfassende Einschränkung der Patentierung biologischen Materials zur Pflanzenzüchtung einsetzen, welches in der Natur vorkommt, vorkommen könnte oder zufällig entstanden ist.

in Fachausschuss verwiesen

Antrag 11**Kleine Saatgutproduzenten** von zusätzlicher Bürokratie befreien, die diskutierten Beschränkungen der Züchtung vielfältiger Sorten auf Obst und Gemüse – und damit ein quasi Arbeitsverbot für Getreide, Erdäpfeln und Öl- und Faserpflanzen – zurückweisen und den Verkauf bäuerlichen Saatguts ermöglichen.

in Fachausschuss verwiesen

Antrag 12**Sikkation (Totspritzen)** ist in Österreich bereits seit vielen Jahren verboten, daher nur noch landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel aus Ländern importieren, in welchen Sikkation ebenfalls verboten ist.

vom BB abgelehnt

Antrag 13

Die Aufklärung von Landwirten über die **Verdünnungsgrade von Gülle** könnte im Rahmen der Mehrfachantrag-Abgabe-Infoveranstaltung erfolgen. Die jährliche Datenerhebung widerspiegelt die Landwirtschaft nur dann in den richtigen Zahlen, wenn die Bauern den GGV-Wert der Ausgangsgülle (Gülle plus Brauchwasser) kennen. In weiterer Folge könnten LFI-Schulungen zu diesem Thema mit anrechenbaren Stunden angeboten werden.

von BB und FPÖ abgelehnt

Antrag 13**Zukünftige Erfassung der Gülleverdünnung** durch den Mehrfachantrag.

von BB und FPÖ abgelehnt

Antrag 14

Testung der **Gülleverdünnung durch Wasser** zur möglichen zusätzlichen Ausweisung einer Ammoniakreduktion als vorgelagertes Verfahren in der Lagerung zur sicheren NEC-Richtlinienerfüllung an der Forschungseinrichtung der HBLFA-Raumberg-Gumpenstein.

von BB und FPÖ abgelehnt

Antrag 15**Offizielle Berechnung des theoretischen Potenzials und technischen Potenzials stark verdünnter Güllen (1:1)** zur Nachrechnung in den Report REP 0858 des Umweltbundesamtes.

von BB und FPÖ abgelehnt



**UBV OÖ
VV der LK Oberösterreich
am 18. Dez. 2025**

Antrag 1

Eine **Transparenzdatenbank für Importe** agrarischer Güter nach Österreich installieren. Es soll erfasst werden, wer, was, wieviel und zu welchem Preis importiert.

von BB, Grüne, SPÖ und FPÖ abgelehnt; das heißt sie alle sind für unkontrollierte Importe!

Antrag 2

Die Bundeswettbewerbsbehörde möge prüfen, **ob Butter von Handelsketten unter dem jeweiligen Einstandspreis angeboten wird.**

Einstimmig beschlossen

Antrag 3**§ 57a Prüfungsintervalle verlängern.**

Zugmaschinen, selbstfahrende Arbeitsmaschinen und Anhänger mit einer Bauartgeschwindigkeit bis 50 km/h: alle drei Jahre; über 50 km/h: alle zwei Jahre

von BB, SPÖ und Grüne abgelehnt

Antrag 4

Die im Antrag „Offizielle Berechnung des **theoretischen und des technischen Potenzials stark verdünnter Güllen (1:1)** zur Nachrechnung in den Report REP 0858 des Umweltbundesamtes“ genannten Maßnahmen unterstützen und umsetzen.

von BB und SPÖ abgelehnt

Antrag 5

Erforschung der Kombination von zwei Kategorie 1 Verfahren der UN-ECE-Guideline zur offiziellen Doppelausweisung, um höhere Ammoniakreduktionen durch abgestufte Verdünnungsgrade zu erreichen.

von BB und SPÖ abgelehnt

Antrag 6

Zukünftige **Erfassung der Gülleverdünnung** durch Mehrfachantrag

von BB und SPÖ abgelehnt

Weinlesetreffen im Weinviertel

UBV NÖ schließt mit dem Weinlesetreffen die Sommertreffen mit Betriebsbesichtigungen quer durch NÖ ab. Dabei wurden zahlreiche Betriebe besucht, um direkt vor Ort Ein-

blicke in deren aktuelle Herausforderungen, Sorgen, aber auch positive Entwicklungen zu gewinnen.



Rundfahrt am Gutsbetrieb (300 ha Acker und 250 Wald) von Alexander Sachsen-Coburg und Gotha in Walterskirchen.



Ruine Staatz – eine imposante Wehranlage mit atemberaubendem Rundblick



Familienbetrieb Siegfried Schreiber in Drasenhofen hat sich auf Saatgutvermehrung und Trocknung spezialisiert.



Besichtigung der Sektkellereiausstellung von Max Riegelhofer.

UBV-Ausflug nach Oberösterreich

Am 22. November 2025 fand unser Ausflug nach Oberösterreich statt, an dem viele Interessierte teilnahmen. Zunächst machten wir Halt bei der Firma Schwarzmayr in Gampern, wo wir spannende Einblicke in die Entstehung des Landmaschinenhandels erhielten und an einer Betriebsbesichtigung teilnehmen durften.

Am Nachmittag ging es weiter zum Betrieb von Johann Konrad in Pfaffing. Auch dort bekamen wir interessante Informationen zur Entstehung des Betriebs sowie eine ausführliche Führung.



Generalversammlung am 7. Dez. 2025

Obmann Herbert Hochwallner eröffnete die Generalversammlung und begrüßte die Teilnehmer auf herzlichste.

LK-Rat Sepp Handl berichtete über erfolgreiche Ergebnisse der „gesteuerten Gülleverflüssigung“, mit der die künftigen EU-Auflagen der NEC-Richtlinie erfüllt werden können. Sollte diese Möglichkeit endgültig gesetzlich anerkannt werden, können Bauern auch weiterhin den Breitverteiler nutzen.

LK-Rat Werner Hirsch zog eine positive Bilanz der UBV-Traktordemo im Februar und hob den starken Zusammenhalt der Bauern hervor. Gespräche mit allen Parlamentsfraktionen wurden an-

gestrebt, einzig NR-Präsident Rosenkranz (FPÖ) nahm sich ausführlich Zeit für die Anliegen des UBV. Thematisiert wurden u. a. die stagnierenden Agrarpreise, niedrige Selbstversorgungsgrade bei einzelnen Produkten und die EU-Marktordnung. Alles, was bei uns wächst und erzeugt werden kann, darf nicht ohne Regeln importiert werden.

Herbert Hochwallner erläuterte die Wahlergebnisse der LK-Wahl in NÖ (BB 82 %, UBV 8,9 %, FB 4,5 %, SPÖ 2 %, Grüne 1 %) und kritisierte die Benachteiligung kleiner Parteien. Nur knapp haben wir das vierte Mandat auf Landesebene verfehlt, und auf Bezirksebene konnten wir 17 Mandate dazu-

gewinnen. Er bedankte sich bei allen für den großartigen Einsatz

Kassabericht und Entlastung von Kassier und Vorstand erfolgten einstimmig. Ebenso einstimmig erfolgte die Ergänzungswahl der kooptierten Mitglieder in den Vorstand. Karl Kummer wurde für seine fünfjährige Tätigkeit als Kassier geehrt, Karl Zoder wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Abschließend fanden **zwei Vorträge statt**: Ursula Bittner (Greenpeace) stellte ihr Buch „Greenwashing“ vor, Mag. Dr. Helga Krückl sprach über neue Ansätze zum Schutz von Tierleben bei Maul- und Klauenseuche.



Herbert Hochwallner
Landesobmann



Werner Hirsch
Obmann Stellvertreter



Josef Handl
Obmann Stellvertreter



Hermann Kogler
Kassier



Sonja Schönbichler
Kassier Stellvertreter



Gottfried Leitner
Schriftführer



Franz Spreitz
Schriftführer Stellvertreter



Mag. Reinhard Bartosch
Organisation

NEC-Richtlinie im Fokus

Ende Oktober trafen sich Vertreter landwirtschaftlicher Organisationen und NEC-Experten am Betrieb von Johann Konrad in OÖ. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie landwirtschaftliche Betriebe die Vorgaben der NEC-Richtlinie einfach und praxistauglich erfüllen können.

Mit dabei waren unter anderem UBV NÖ LK-Rat Josef Handl, Franz Xaver Hözl von der LK OÖ, Alfred Pöllinger-Zierler von der HBLFA Raumberg-Gumpenstein, Gülleforscher Bernhard Tafelmeier-Marín sowie AGÖ Obfrau Petra Oberauer.



Bauern am Abstellgleis

Negative Folgen für alle!

Wie die Agrarstrukturerhebung der Statistik Austria zeigt, gab es 2010 noch 173.317 land- und forstwirtschaftliche Betriebe in Österreich. Zehn Jahre später, im Jahr 2020, waren es nur noch 110.781. Das heißt, 62.536 landwirtschaftliche Betriebsstätten wurden Opfer einer radikalen Wachstumsideologie, die keine Rücksicht auf die unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen nimmt.

Im Zeitraum 2020 bis 2023 verringerte sich die Anzahl der bewirtschafteten Höfe weiter auf 101.036. Das ist ein Minus von 8,9 % bzw. 9745 Betriebsstätten. Das Höfesterben geht also ungebremst weiter, und nichts deutet auf ein Ende dieser Entwicklung hin. Weite Teile der Bevölkerung stehen dem Geschehen teilnahmslos gegenüber. Ihnen ist offensichtlich gar nicht bewusst, dass mit jeder Betriebsaufgabe die Anzahl der Arbeitssuchenden steigt. Den Preis dafür zahlen wir alle.

„Der Niedergang des ländlichen Raums steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Wertverlust der landwirtschaftlichen Produkte und damit der Entwertung des bäuerlichen Lebens. Wenn es nicht gelingt, das

zu drehen, ist jede Initiative umsonst“, so die Aussage eines renommierten Universitätsprofessors (veröffentlicht in einer Sondernummer der IG-Milch 2019). Die Entwicklungen in der regionalen Wertschöpfungskette vom Acker bis zum Teller bestätigen die Richtigkeit dieser Aussage.

Im Jahr 1950 sind noch 43,5 % vom Endpreis eines Produktes beim Bauern angekommen, 1970 waren es nur mehr 20 % und 2020 gar nur mehr 7,7 %. Durch den uns von der EU aufgezwungenen globalen Wettbewerb gehen regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze verloren, ebenso wichtige Strukturen für die Ernährungs- und Versorgungssicherheit.

In dem Zusammenhang sei auf die österreichische Bundesverfassung Art. 9a Abs. 2 verwiesen, wonach Österreich zur umfassenden Landesverteidigung verpflichtet ist. Dazu zählt neben der militärischen, geistigen und zivilen Landesverteidigung auch die wirtschaftliche. Das Ziel ist, die Unabhängigkeit nach außen zu bewahren. Unter diese fallen die Bevorratung von Lebensmitteln, medizinischem Bedarf und die Lagerung von Energieträgern, auch Maß-

nahmen, damit die Wirtschaft in Krisen oder Kriegszeiten weiterarbeiten kann.

Was wir derzeit erleben, sind gefährliche Abhängigkeiten in lebenswichtigen Bereichen. Laut Rechnungshofbericht hätten bereits im Jahr 2018 beispielsweise die Bodenressourcen nicht für eine gänzliche Eigenversorgung Österreichs ausgereicht. Insgesamt müsste sich die Bundesregierung besser auf etwaige Krisen im Bereich Ernährungssicherheit vorbereiten, lautet die Empfehlung des Rechnungshofs (aus Österr. Bauernzeitung 28.06.2023).

Die Bundesregierung steht in der Pflicht, zu handeln. Sollte es weiterhin nur bei Lippenbekenntnissen bleiben und ihr nicht gelingen, einen fairen Produzentenanteil bei der Wertschöpfung im Lebensmittelbereich zu erwirken, dann kann sie gleich die Zielformulierung im Landwirtschaftsgesetz „Erhaltung einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft“ streichen.



Erich Zahnt

*Herzlichen
Glückwunsch!*

Im Oktober feierte UBV Ehrenobmann Gerhard Nowotny seinen 97. Geburtstag. Auch der UBV, vertreten durch Bundesobmann ÖR Karl Keplinger und Organisationsreferent ÖR Johann Großpötzl, gratulierte herzlich. Gerhard Nowotny erfreut sich bester Gesundheit – seine geistige Frische ist beeindruckend.



Tirols Bauernvertretung: Wenn Interessenpolitik zur Parteipolitik wird

Die Landwirtschaftskammer Tirol beansprucht, die Stimme der Bäuerinnen und Bauern zu sein. In der Praxis wird jedoch zunehmend deutlich, dass diese Interessenvertretung stark parteipolitisch geprägt ist. Die enge Verflechtung mit dem Bauernbund – einer Teillorganisation der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) – wirft ernsthafte Fragen nach Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit auf.

Zentrale Funktionen in der Landwirtschaftskammer sind seit Jahren von Personen besetzt, die gleichzeitig im Bauernbund oder in politischen Ämtern aktiv sind. Dadurch entsteht ein System, in dem agrarpolitische Positionen weitgehend der ÖVP-Linie folgen. Kritische oder alternative Sichtweisen finden kaum Gehör, sofern sie nicht in dieses politische Gefüge passen.

Für viele Landwirtinnen und Landwirte in Tirol, insbesondere für kleinere Betriebe, Bergbauern oder ökologisch wirtschaftende Höfe, ist die offizielle Interessenvertretung damit nur eingeschränkt glaubwürdig. Ihre wirtschaftlichen Sorgen – etwa steigende Kosten, unfaire Marktbedingungen oder fehlende Zukunftsperspektiven – werden zwar thematisiert, aber selten mit dem notwendigen politischen Nachdruck verfolgt, wenn sie parteipolitisch unbehaglich sind.

Problematisch ist vor allem, dass Pflichtmitglieder der Landwirtschaftskammer de facto von einer Organisation vertreten werden, die klar politisch positioniert ist. Eine echte Wahlfreiheit oder pluralistische Interessenvertretung existiert kaum. Damit wird ein Machtmonopol aufrechterhalten, das

demokratische Mitbestimmung eher einschränkt als fördert.

Angesichts der massiven Herausforderungen für die Landwirtschaft – Strukturwandel, Preisdruck, – braucht es eine unabhängige, kritische und breit aufgestellte Interessenvertretung. Solange die Landwirtschaftskammer jedoch stärker als politisches Netzwerk denn als Sprachrohr aller Bauern wahrgenommen wird, bleibt dieses Ziel unerreicht.



*LK-Rat Alfred
Enthofer,
Landesobmann
Tirol*

Buchtipp

Martin Grassberger

"Das leise Sterben"

Warum wir eine landwirtschaftliche Revolution brauchen, um eine gesunde Zukunft zu haben.

Der Arzt und Biologe Martin Grassberger zeigt auf, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der rücksichtslosen Zerstörung der Natur und den leisen Epidemien chronischer Krankheiten besteht.

Die Einsichten sind ernüchternd. Grassberger zeigt jedoch mögliche Auswege aus der gegenwärtigen globalen Gesundheits- und Umweltkrise auf.

Das Buch zur aktuellen Klima- und Agrardebatte.

Grassberger ist Autor zahlreicher Publikationen und betreibt in Niederösterreich regenerativ-ökologischen Pflanzenbau.

Erhältlich als Klappenbroschur
Aus der Reihe "Leben auf Sicht",
6. Auflage April 2022.
336 Seiten
Format: 140 x 220
ISBN: 9783701734795
€ 25,00 inkl. MwSt.



Bezug über Bücherquelle:

Hofgasse 5, 8010 Graz
+43 (0)316 / 82 16 36 111
+43 (0)316 / 82 16 36 112
office@buecherquelle.at
www.buecherquelle.at

Verbot auf Patente durchsetzen

Immer mehr Patente gefährden die Zukunft der Pflanzenzüchtung

Ein neuer Patent-Bericht vom Bündnis „Kein Patent auf Saatgut!“ zeigt, dass immer mehr Patente auch auf konventionell gezüchtete Pflanzen und Produkte angemeldet und auch erteilt werden, obwohl dies nach Patentrecht verboten ist. Zu befürchten ist ein drastischer Anstieg von Patenten auf Pflanzen, wenn es – wie von der Gentechnik-Industrie erhofft – zur Deregulierung neuer Gentechnik-Pflanzen kommen sollte.

Nach Untersuchungen von Kein Patent auf Saatgut wurden seit 1980 insgesamt rund 4.000 Patente vom EPA (Europäischem Patentamt) erteilt. Erschreckend ist die hohe Zahl von Patenten, die klassische/konventionelle Züchtung betreffen. Im Zeitraum 2009 bis 2024 wurden rund 1.500 solcher Patente angemeldet und rund 340 Patente vom EPA trotz Verbot erteilt. Bisher wurden „nur“ 180 Patente auf neue Gentechnik (NGT)-Pflanzen angemeldet. Allerdings wurden im gleichen Zeitraum von 2013 bis 2024 über 1.200 Patente angemeldet, die sowohl neue Gentechnik als auch die klassische Züchtung betreffen. Dazu wenden Patentanmelder Tricks an. So werden in vielen Fällen Merkmale, die bereits in existierenden konventionell gezüchteten Pflanzen vorkommen, mit NGT-Verfahren nachgebaut. Dieser technische Nachbau soll den Eindruck einer „technischen Erfindung“ erwecken. Ein weiterer von den Anmeldern angewandter Trick ist, Patente mit enormen Reichweiten zu beantragen. So sollen nicht nur die durch NGT erzeugten Merkmale und Eigenschaften patentiert werden, sondern die Patente sollen auch konventionell erzeugte Pflanzen oder sogar Wildpflanzen umfassen, die diese Eigenschaften haben. Deshalb fordern die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche



Landwirtschaft (AbL) und andere kritische Organisationen so lange es kein Verbot für Patente auf NGT-Pflanzen gibt, diese strikt auf gentechnische Verfahren zu begrenzen. Sie dürfen keine anderen Methoden der Züchtung umfassen.

Patente behindern Innovationen

Das Patentrecht unterscheidet sich grundsätzlich vom Sortenschutz. Der Sortenschutz erlaubt es Züchtern und Landwirten, mit einer Sorte weiter zu züchten (Züchterprivileg) und eine neue, sich unterscheidende Sorte auf den Markt zu bringen. Dieser freie und uneingeschränkte Zugang zu Sorten und genetischem Material zur Weiterzucht und Weiterverwendung wird durch Patente massiv behindert oder sogar verhindert. Dies ist nur durch den Abschluss von Lizenzverträgen und Lizenzzahlungen möglich. Es kursieren Informationen, nach denen die Patentinhaber Gebühren zwischen 50.000 und 200.000 Euro für den Zugang zu Züchtungsmaterial verlangen. Teilweise muss zusätzlich ein Anteil des Umsatzes abgeführt werden. Für Konzerne sind die hohen Kosten weniger ein Problem als für kleine und mittlere Züchter. Hinzu kommen mögliche

Abhängigkeiten. Zudem sind Züchter einer großen Rechtsunsicherheit ausgesetzt, da im „Patentdickicht“ nur sehr schwer erkennbar ist, ob ihre Sorte, die sie auf den Markt bringen wollen, von Patentansprüchen betroffen ist. Dies führt de facto dazu, dass der Zugang zu Saatgut blockiert oder stark behindert wird. Der freie und ungehinderte Zugang zu Saatgut aber ist die Grundvoraussetzung für zukünftige vielfältige Züchtungen. Auch für Bauern bergen Patente Probleme: die Konzentration am Saatgutmarkt nimmt zu, die Sortenauswahl wird immer enger und die Preise steigen. Beim Anbau patentierter Sorten gelten Patentvorschriften und es müssen Lizenzgebühren gezahlt werden. Unklar ist, ob Patentinhaber ihre Rechte auch bei Verunreinigungen durchsetzen. Letztendlich bedrohen Patente die Ernährungssouveränität.

Patentdebatte nutzen

Aktuell wird in der EU über die Deregulierung neuer Gentechnik-Pflanzen debattiert. Der Verordnungsentwurf befindet sich mittlerweile im Trilog. Eines der großen Streithemen sind Patente. So will das Europaparlament in seinem Verhandlungsmandat Patente

auf NGT-Pflanzen verbieten. Zudem sollen Patente auf Pflanzen, die aus klassischen Züchtungsmethoden wie der zufälligen Mutagenese stammen, ausgeschlossen werden. Weiterhin wird vorgeschlagen, den Umfang von Patenten einzuschränken. Um dies zu erreichen, schlägt das EP eine Änderung der EU-Patentrichtlinie vor.

Der EU-Ministerrat hingegen schlägt lediglich eine Verbesserung der Transparenz vor, indem Patentanmeldungen und erteilte Patente in einer öffentlich zugänglichen Datenbank aufgeführt werden sollen – allerdings ohne Sanktionsmaßnahmen bei Missachtung vorzugeben.

Für die Debatte ist interessant, dass der Deutsche Bauernverband (DBV) und der Bund Deutscher Pflanzenzüchter (BDP) sich auch gegen Patente auf NGT-Pflanzen wie auch auf Pflanzen aus konventioneller Züchtung ausgesprochen haben. Sie wollen die Patente aber nicht verbieten, sondern nur ihre rechtliche Wirksamkeit einschränken. Ob dies gelingen kann, sowohl für die Züchter als auch für die Wertschöpfungskette ist umstritten. Aus Sicht der AbL und Kein Patent auf Saatgut! geht dieser Vorschlag

nicht weit genug, da er die Grundprobleme der Patentierung nicht angeht. Auch der Vorschlag des EU-Rats zur Transparenz ist unzureichend, da Lizenzverträge und Gebühren die Kosten und Abhängigkeiten erhöhen und der freie und unlimitierte Zugang zu Saatgut und genetischen Ressourcen nicht gewährt wird.

Patente stoppen

Langfristig ist für die AbL u.a. Organisationen unumgänglich, dass Patente auf Pflanzen und Tiere grundsätzlich verboten werden müssen. Dazu sind die europäische Patentgesetzgebung und das Europäische Patentübereinkommen (EPÜ) anzupassen. Vor allem die Änderung des EPÜ ist ein notwendiger Prozess, um bestehende Schlupflöcher zu schließen und eine breite und vielfältige Züchterlandschaft in Europa zu erhalten und die Ernährungssouveränität zu sichern.

Kurzfristig muss das Verbot von Patenten auf konventionelle Züchtungen umgesetzt werden. Bei NGT-Pflanzen müssen Patente strikt auf das Verfahren begrenzt werden. Dazu hat Kein Patent auf Saatgut! einen neuen Vorschlag erarbeitet. Dieser folgt

der Absicht der EU-Patentrichtlinie, patentierbare technische Erfindungen zu definieren, und nur diese von den bestehenden Patentverboten des EPÜs (Artikels 53 b) auszunehmen. Diese Definition soll klar machen, dass im Kern nur gentechnische Verfahren patentierbar sind, alle anderen Züchtungen, die diese Definition nicht erfüllen, wären auch nicht patentierbar. Ziel muss es sein, das Problem an den Wurzeln anzugehen, also Patente zu verhindern, statt lediglich zu versuchen, die negativen Auswirkungen der Patente abzuschwächen. Politik und Juristen sind jetzt gefordert, die aktuelle Diskussion um Patente zu nutzen, um rechtswirksame Lösungen zu entwickeln und zu etablieren, sowohl um Patentverbote auf konventionell gezüchtete Pflanzen durchzusetzen als auch um Patente auf NGT-Pflanzen zu verbieten oder mindestens auf ihre Verfahren zu begrenzen. Solange dies nicht rechtssicher geklärt und etabliert ist, darf der NGT-Verordnung keine Zustimmung in den EU-Gremien erhalten!

Annemarie Volling,
AbL-Referentin für Gentechnik

Leserbrief

Natur lässt sich nicht im Labor beschleunigen

In der Unabhängigen Bauernstimme 12/2025 (BRD) nahm Inde Sattler, Bio-Apfelzüchterin in Schleswig-Holstein zur Frage „Braucht es die neuen Gentechniken, um schnellerer Resistenzen zu erzeugen? Stellung. Ihre Antwort: „Schneller ist relativ. Unsere Züchtung zeigt ganz praktisch, dass wir robuste Sorgen züchten können. Das braucht seine Zeit. Wenn man hingegen eine Pflanze im Labor mög-

lichst schnell entwickelt, auch noch unter allerbesten Bedingungen, muss sie sich trotzdem unter Feldbedingungen bewähren. Ob eine Sorte mit den Klimabedingungen klarkommt und dann tatsächlich robust ist, sehe ich erst nach einigen Jahren. Bei jedem Eingriff mit der Genschere CRISPR/Cas wird die Pflanze und ihr Genom verletzt und sie muss das reparieren. Das ist ein tiefer Eingriff in das Genom.

Wie genau die Pflanze das repariert oder was sich noch verändert, wissen wir nicht. Wir wissen aber, dass es Nebeneffekte gibt, die bisher nicht genug erforscht sind. Ich halte unsere Züchtung einfach für viel sicherer und effektiver.“

Georg Sams,
Landwirtschaftskammer-Rat
und Ortsbauernobmann a.D.

Mitglieder-Ehrungen

Im Zuge des Landesverbandstages Oberösterreich am 6. Jänner 2026 wurden langjährige Mitglieder für ihr Engagement und ihr Mitwirken beim Unabhängigen Bauernverband Oberösterreich geehrt.

Johannes Ramsauer (4. von links) aus St. Lorenz im Bezirk Vöcklabruck war anfangs im damals deutlich stärkeren Landesverband Salzburg tätig und wechselte später zum Landesverband Oberösterreich, wo er über viele Jahre hinweg als Bezirksverantwortlicher für Vöcklabruck wirkte.

Johann Kremser (5. von links) aus Moosbach im Bezirk Braunau wurde von der motivierenden Kraft des bereits verstorbenen Alois Finsterer geprägt. Als Besitzer einer Forstbaumschule setzte er sich dafür ein, dass die Pflanzen direkt vor Ort verkauft werden. Bereits in den

1960er-Jahren erkannte er, dass eine starke Opposition notwendig ist, um die Interessen der Land- und Forstwirtschaft zu vertreten.

Margarete Rumpf



Ä TÄNNSCHEN
PLEASE



RehaDruck
sozialfair

Offset- und Digitaldruck

Ausbildung und Arbeit für Menschen mit Behinderung.

Reha Dienstleistungs- und Handels GmbH
Viktor-Franz-Straße 9 | A-8051 Graz
(0316) 68 52 55 | www.rehadruck.at
rehadruck@rehadruck.at | [Facebook](https://www.facebook.com/rehadruck)



Ihr Recht ist uns wichtig!

Betriebsfragen sind oft Rechtsfragen, und Recht haben und dann auch Recht bekommen sind zweierlei. Melden Sie sich bei uns, wir helfen weiter und vermitteln die richtigen Kontakte.

Weitere Infos unter office@ubv.at oder
WBV Wallner & Partner, 07435/54 121 22;
matthias.wallner@wbv.at

Ihre Zinsen sind zu hoch, Sie wollen umschulden?
Hilfe bei Fixzinsen, Umschuldung, Leasing und
Sanierung bietet

Finanzmanagement

Mag. Franz Keplinger, 4020 Linz, GISA 30823020
Tel: +43 677-6120 1934
Kredite privat und gewerblich

Österreichische Post AG

MZ 02Z030371 M

Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting

Impressum und Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Herausgeber und Medieninhaber: Österreichischer Unabhängiger Bauernverband, Grub 8, 4771 Sigharting, 0664/2540898, office@ubv.at, www.ubv.at
Bundesobmann und Landesobmann OÖ: ÖR Karl Keplinger, Piberstein 11, 4184 Helfenberg; Landesobmann STMK: Johann Ilsinger, Erlsberg 14, 8954 Donnersbach; Landesobmann NÖ, B, W: Herbert Hochwallner, Dobratal 20, 3352 St. Peter/Au; Landesobmann SBG: Josef Tiefenbacher, Mittersillerstraße 6, 5722 Niedernsill; Landesobmann Tirol: Alfred Enthofer, Hof 27, 6261 Strass; Für den Inhalt verantwortlich sind die Obmänner des jeweiligen Landesverbandes; Organisationsreferent: ÖR Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting. Sekretariat: 0650/2624245, office@ubv.at. Redaktion: Dr. Rudolf Höhle, Frühlingstraße 35, 8053 Graz, 0664/73629103, hoenle@aon.at. Blattlinie: Mitglieder- und Interessenteninformation. Hersteller/Druck: RehaDruck, 8051 Graz. Fotos, falls nicht anders angegeben: UBV. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen; für den Inhalt haften allein die Autoren.

Retouren bitte an:

Johann Großpötzl, Grub 8, 4771 Sigharting